

Hanna L. Mühlenhoff und Marijn Hoijtink

Trotz militärischer Unterstützung für die Ukraine: eine feministische Kritik der Militarisierung der EU

Russlands Krieg gegen die Ukraine und insbesondere die Frage der Waffenlieferungen an die Ukraine fordern Wissenschaftler*innen, die mit einer feministischen Theorie der Internationalen Beziehungen (IB) eine kritische Perspektive auf Militarisierung und Militarismus einnehmen heraus, ihre Position zu überdenken.¹ Feminist*innen (Mälksoo 2022; Tsymbalyuk / Zamuruieva 2022), vor allem mit Expertise zu Osteuropa, haben auf den postkolonialen Moment des Krieges hingewiesen und deutlich gemacht, dass Russlands Krieg als imperialistisch (Lyubchenko 2022) und der bewaffnete Widerstand als antikolonialer oder antiimperialer Kampf zu verstehen sind. Ukrainische Feminist*innen fordern neben zum Beispiel reproduktiven Rechten und einem Schuldenerlass für die Ukraine das Recht auf einen *bewaffneten* Widerstand (The Feminist Initiative Group 2022) und dafür unter anderem auch mehr Waffen. Darauf müssen wir hören, wenn wir postkoloniale und feministische Theorie ernst nehmen, da sie die Erfahrungen, Bedürfnisse und vor allem die Agency der Betroffenen, also derer, die den Krieg direkt erleben, in den Mittelpunkt stellt. Doch wenn Feminist*innen Waffen zum Überleben und Widerstand fordern, welche Einsichten kann eine feministische Perspektive auf Sicherheit und Militarismus dann noch bieten? Unser Beitrag unterstreicht, dass die feministische Kritik am Militarismus wichtig bleibt, um die langfristigen Folgen jetziger Entwicklungen für die zukünftige Sicherheit der Menschen in der Ukraine und der Welt einschätzen zu können. Gleichzeitig können wir die Widersprüche des jetzigen Moments nicht auflösen, sondern müssen in diesen Zusammenhängen denken und leben.

Kurz gesagt nehmen feministische Ansätze der IB an, dass patriarchale Strukturen und Herrschaftsverhältnisse die internationale Politik bestimmen. Dies bedeutet nicht einfach, dass hauptsächlich Männer Außen- und Sicherheitspolitik machen, sondern dass Gender auch in Diskursen und

¹ Wir selbst haben unsere Position überdacht, verändert und entwickelt (Hoijtink / Muehlenhoff, 2022; Mühlenhoff 2022).

Praktiken internationaler Politik wirkt (Shepherd 2013). Trotz gewisser Veränderungen seit dem Ende des Ost-West-Konflikts dominieren zum Beispiel weiterhin männliche Normen von Stärke und Rationalität die globale Politik (ibid.). Solche Vorstellungen von Männlichkeit schließen Frauen, aber auch Männer, die diesen nicht entsprechen, aus und richten sich insbesondere gegen queere Menschen. Dies sehen wir auch bei Russlands Präsident Putin, der anti-gender und anti-LGBTQI Rhetorik selbst in seinem Rechtfertigungsnarrativ für die Invasion nutzt. Auch wenn wir wissen, dass Frauen im Militär und im Krieg immer eine Rolle gespielt haben, sei es als Kämpferinnen oder als Care-Personen, spiegeln vor allem diese Kontexte die patriarchalen Strukturen der internationalen Politik wider (Hutchings 2008). Militarismus zeigt sich jedoch nicht nur in den Institutionen des Militärs, sondern ist auch in unseren Gesellschaften verankert – etwa in Form von martialischer Sprache oder Militärparaden – und legitimiert militärische Mittel in der Politik. Es gibt auch einen Zusammenhang zwischen häuslicher, alltäglicher und kriegerischer Gewalt (Cockburn 2010). Feministische Forschung belegt, dass menschliche und geschlechtergerechte Sicherheit, die mehr umfasst als die Abwesenheit von Gewalt und die soziales, wirtschaftliches und gesundheitliches Wohlergehen miteinbezieht, nicht mit militärischen Mitteln erzielt werden kann (Basham 2018). Daraus ergibt sich insgesamt eine kritische Haltung zum Militarismus.

Erstens hat feministische Arbeit zur Kontrolle von Waffenhandel die Risiken jeglicher Waffenlieferungen offengelegt (Stavrianakis 2022). Der internationale Vertrag über den Waffenhandel (Arms Trade Treaty ATT), der 2013 verabschiedet und von 111 Staaten unterzeichnet wurde, soll den Handel konventioneller Waffen regulieren. Artikel 7 bestimmt, dass keine Waffen geliefert werden sollten, wenn es ein hohes Risiko gibt, dass diese Waffen für Verletzungen der internationalen Menschenrechte oder des humanitären Völkerrechts genutzt werden könnten. Artikel 11 soll der unkontrollierten Verbreitung von Waffen entgegenwirken. Im Fall der Ukraine erreichen nicht alle Lieferungen ihr Ziel (Yamaguchi/Pena 2022). Doch selbst dann könnten sie auch in die Hände russischer Kämpfer gelangen. Die ukrainische Regierung hat im Juli angekündigt, dass sie das Tracking, die Registrierung und Kontrolle der Waffen, verbessern will (ibid.). Dies wird besonders nach Ende des Krieges wichtig werden. Natürlich haben auch westliche Länder schon zuvor den ATT missachtet und so zu Konflikten beigetragen. Besonders relevant ist hier, dass auch nach dem seit 2014 geltenden Embargo für Waffenlieferungen an Russ-

land weiterhin sogenannte Dual-Use Waffensysteme geliefert wurden, vor allem von Frankreich und Deutschland (Eliassen / Maggiore 2022).

In der Europäischen Union sind keine starken Kontrollmaßnahmen für Waffenlieferungen vorhanden. Zum ersten Mal in ihrer Geschichte liefert die EU jetzt selbst direkt tödliche Waffen an ein sogenanntes Drittland. Im Rahmen der erst 2021 beschlossenen Europäischen Friedensfazilität (European Peace Facility, EPF) hat der Rat der EU Waffen und andere militärische Unterstützung im Wert von 2.5 Milliarden Euros für die Ukraine bereitgestellt (Stand August 2022). Aber die EPF liefert trotz schwacher, intransparenter Kontrollinstrumente (Altamimi 2022) auch militärische, in diesem Fall nicht-tödliche Ausrüstung an Niger, das sehr stark von Armut betroffen ist, und Mali. In Mali fror die EU zuletzt die Maßnahmen und die militärische Trainingsmission ein, nachdem klar wurde, dass malische Sicherheitskräfte mit russischen Söldnern zusammenarbeiten und auch selbst Menschenrechtsverletzungen begangen haben (Fotidiadis / Schmidt 2022). Der Rat der Europäischen Union (2021) hat bekräftigt, dass die EPF dem EU-Recht bezüglich der Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und -gütern folgen muss. Allerdings hat die EU bisher nicht den Punkt unter Artikel 7.4 des ATT aufgenommen, der die Lieferung militärischer Ausrüstung untersagt, wenn ein Risiko besteht, dass diese genutzt werden »to commit or facilitate serious acts of gender-based violence or serious acts of violence against women and children«. Wir wissen, dass vor allem Kleinwaffen gegen Frauen eingesetzt werden, besonders auch nach dem Ende eines Krieges (Amnesty International 2018). Es mangelt an Kontrolle und Transparenz bei der European Peace Facility, einem Instrument, das für die Außenpolitik der EU zentral werden soll, das vor allem auf die Stärkung militärischer Kapazitäten und Strukturen als Beitrag zur Sicherheit setzt und durch die Waffenlieferungen an die Ukraine starke Legitimation erfahren hat. Das Dokument, das die Regeln für das Aussenden militärischer Unterstützung in Form von Waffen, Ausrüstung oder militärischer Operationen erlässt, ist geheim (EEAS 2021). So ist auch die mögliche Beendigung solcher Hilfe »a highly political decision that can only be made on a case-by-case basis and according to the specific context« (ibid.). Diese Entscheidung wiederum trifft das Politische und Sicherheitspolitische Komitee, das ebenfalls unter Geheimhaltung agiert; während das Europäische Parlament bei der EPF kein Mitspracherecht hat.

Zweitens besteht das Risiko, dass die jetzigen Entwicklungen eine weitere Militarisierung Europas rechtfertigen, die schon die letzte EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini forciert und ihr Nachfolger Josep

Borrell weiter vorangetrieben hat (Hoijtink / Muehlenhoff 2020). In den letzten fünf Jahren hat die EU die Kooperation zwischen den Mitgliedsstaaten im Bereich Verteidigung intensiviert und mit dem Europäischen Verteidigungsfonds bereits acht Milliarden Euro für Rüstungsprojekte bis 2027 versprochen. Damit möchte sie die europäische Rüstungsindustrie stärken, die selbst Teile des Textes für den Fonds geschrieben hat (Schumann / Maggiore 2022). Die EU treibt diese Politik mit Verweis auf den Krieg weiter voran und kann jetzt auch auf die Unterstützung der deutschen Bundesregierung zählen. Neben den Waffenlieferungen an die Ukraine, hat das deutsche Parlament ein Sondervermögen von 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr und eine Festschreibung des NATO-Ziels im Grundgesetz beschlossen. Die Sozialdemokrat*innen sprechen von einer neuen »Führungsrolle« Deutschlands, in der die Bundeswehr zentral ist. Ähnlich setzt die grüne Außenministerin auf die Stärke der NATO und des Militärischen als Teil ihrer »feministischen Außenpolitik«. Während die Rüstungsindustrie immens von der Militarisierung profitiert, wird es an Geld etwa für immer dringender werdende Maßnahmen zur Klimawandelbekämpfung und Investitionen in die öffentliche Infrastruktur fehlen. Außerdem läuft die EU Gefahr, ihre Beziehungen zum Beispiel zu afrikanischen Ländern noch stärker an europäischen Sicherheitsinteressen auszurichten und einseitig auf militärische Mittel zu setzen (siehe EPF). Europa begibt sich somit in eine Aufrüstungsspirale, die der menschlichen Sicherheit weltweit schaden wird.

In diesem Beitrag haben wir versucht, mit Hilfe eines feministischen Blicks auf Sicherheit und Militarismus zwei Risiken der heutigen Entwicklungen im Kontext des Krieges in der Ukraine aufzuzeigen. Erstens bergen Waffenlieferungen immer hohe Risiken und deshalb ist ihre Kontrolle und Nachverfolgung auch in der Ukraine zentral. Gleichzeitig müssen sich europäische Länder auch in anderen Fällen an den ATT halten und langfristig militärische Abrüstung vorantreiben. Zweitens hat der Krieg eine schon zuvor begonnene Militarisierung der EU-Außen- und Sicherheitspolitik verstärkt und weiter legitimiert. Aus einer kritischen feministischen Position ergibt sich – gleichzeitig zur (militärischen) Unterstützung der Ukraine und Solidarität mit ukrainischen Feminist*innen – eine Kritik an Europas Militarisierung und der fehlenden Reflexion innerhalb der EU, wie es selbst zur Unsicherheit, zum Beispiel, an seinen Grenzen und in anderen Teilen der Welt beiträgt. Während wir den ukrainischen Widerstand unterstützen, können wir die fortschreitende Militarisierung von

und durch Europa hinterfragen. Diese wird langfristig einer emanzipatorischen Politik im Weg stehen.

Literatur

- Altamimi, Abulmalik M. (2022): The European Peace Facility and the UN Arms Trade Treaty: Fragmentation of the International Arms Control law? In: *Journal of Conflict and Security Law*. <https://doi.org/10.1093/JCSL/KRAC024>.
- Amnesty International (2018): Auswirkungen von Kleinwaffen auf Frauen – Koordinationsgruppe Menschenrechtsverletzungen an Frauen. Amnesty International. <https://amnesty-frauen.de/unsere-gruppe/themen/kleinwaffen/>.
- Basham, Victoria M. (2018): Liberal militarism as insecurity, desire and ambivalence: Gender, race and the everyday geopolitics of war. In: *Security Dialogue* 49(1–2), 32–43. <https://doi.org/10.1177/0967010617744977>.
- Cockburn, Cynthia (2010). Gender Relations as Causal in Militarization and War. In: *International Feminist Journal of Politics* 12(2), 139–157. <https://doi.org/10.1080/14616741003665169>.
- EEAS (2021, March 22): Questions and answers on the European Peace Facility's Integrated Methodological Framework. [https://www.eeas.europa.eu/eeas/questions-and-answers-european-peace-facility%E2%80%99s-integrated-methodological-framework-0_en#:~:text=The%20Integrated%20Methodological%20Framework%20\(IMF,Security%20Policy%20\(CFSP\)%20and%20of](https://www.eeas.europa.eu/eeas/questions-and-answers-european-peace-facility%E2%80%99s-integrated-methodological-framework-0_en#:~:text=The%20Integrated%20Methodological%20Framework%20(IMF,Security%20Policy%20(CFSP)%20and%20of).
- Eliassen, Ingeborg/Maggiore, Maria (2022, April 29): EU closed loophole for arms sales to Russia only after public disclosure. In: *Investigate Europe*. <https://www.investigate-europe.eu/en/2022/eu-closed-loophole/>.
- Fotidiadis, Apostolis/Schmidt, Nico (2022, March 29): The European Peace Facility, an unsecured gun on EU's table. In: *Investigate Europe*. <https://www.investigate-europe.eu/en/2022/european-peace-facility-controversy/>.
- Hoijtink, Marijn/Muehlenhoff, Hanna L. (2020): The European Union as a Masculine Military Power: European Union Security and Defence Policy in 'Times of Crisis'. In: *Political Studies Review*, 18(3), 362–377. <https://doi.org/10.1177/1478929919884876>.
- Hoijtink, Marijn/Muehlenhoff, Hannah L. (2022): Waarom Europa haar militaire project moet heroverwegen. In: *Idee* (Mr. Hans van Mierlo Sticting), Juli 2022, 49–51. <https://d66.nl/vanmierlostichting/column-waarom-europa-haar-militaire-project-moet-heroverwegen/>.
- Hutchings, Kimberly (2008): Making Sense of Masculinity and War. In: *Men and Masculinities* 10(4), 389–404. <https://doi.org/10.1177/1097184X07306740>.
- Lyubchenko, Olena (2022): On the Frontier of Whiteness? Expropriation, War, and Social Reproduction in Ukraine – LeftEast. In: *LeftEast*, 30. April <https://lefeast.org/frontiers-of-whiteness-expropriation-war-social-reproduction-in-ukraine/>.
- Mälksoo, Marla (2022): The Postcolonial Moment in Russia's War Against Ukraine. In: *Journal of Genocide Research*. <https://doi.org/10.1080/14623528.2022.2074947>.
- Mühlenhoff, Hanna L. (2022, May 7): Schwere Waffen für die Ukraine: Militarismus ist unfeministisch. In: *taz – Die Tageszeitung*, 15. <https://taz.de/Schwere-Waffen-fuer-die-Ukraine!/5850577/>.

- Rat der Europäischen Union (2021, March 24): Beschluss (GASP) 2021/509 des Rates vom 22. März 2021 zur Einrichtung einer Europäischen Friedensfazilität und zur Aufhebung des Beschlusses (GASP) 2015/528. <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/de/TXT/?uri=CELEX%3A32021D0509>.
- Schumann, Harald / Maggiore, Maria (2022, March 28): Interview with Hannah Neumann, MEP, on EU plans for a common military. In: Investigate Europe. <https://www.investigate-europe.eu/en/2022/neumann-eu-parliament-is-shut-out-of-defence-decisions/>.
- Shepherd, Laura (2013): Feminist security studies. In: dies. (Hg.): Critical approaches to security. An introduction to theories and methods. Routledge, 11–23.
- Stavrianakis, Anna (2022, May 31): Arming Ukraine: Weapons Control and the Future of International Order. In: Global Policy. <https://www.globalpolicyjournal.com/blog/31/05/2022/arming-ukraine-weapons-control-and-future-international-order>.
- The Feminist Initiative Group (2022, July 7): »The right to resist.« A feminist manifesto. <https://commons.com.ua/en/right-resist-feminist-manifesto/>.
- Tsybalyuk, Darya / Zamuruieva, Iryna (2022, March 16): Why we as feminists must lobby for air defence for Ukraine. In: Open Democracy. <https://www.opendemocracy.net/en/odr/ukraine-russia-war-feminists-we-must-lobby-for-air-defence/>.
- Yamaguchi, Adam / Pena, Alex (2022, August 7): Why military aid in Ukraine may not always get to the front lines. In: CBS News. <https://www.cbsnews.com/news/ukraine-military-aid-weapons-front-lines/>.